
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 6
Datum 19. Oktober 2016

52 1.7.2 Politikplan
Politikplan 2017 - 2021

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum Allgemeinen.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): *Die GPK bedankt sich für die saubere und verständliche Vorbereitung des Geschäftes. Zum Politikplan, Lösungsansatz 4 haben wir folgende Frage: Was bedeutet "Dritter Teil von neun"? Handelt es sich um die Sanierungstranchen oder um die Spielplätze?*

Gemeinderat Joseph Crettenand (SVP): Die Frage der GPK kann wie folgt behandelt werden: Es handelt sich um neun Spielplätze, welche in neun Tranchen saniert werden sollen. Die neun Spielplätze verteilen sich auf zwei bei den Kindergärten Kläyhof und Häberlimatte, vier bei der Schulanlagen Geisshubel, Steinibach, Wahlackner und Zentral und dazu drei öffentliche Spielplätze an der Aarestrasse, Molkereistrasse und Schäferei.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zur allgemeinen Diskussion des Politikplans.

Markus Bacher (FDP): Im Sinne des Auftrages: Die FDP hat zur Kenntnis genommen. Kürzer kann ich es nicht mehr machen, aber es wäre etwas unhöflich. Die FDP bedankt sich für die Unterlagen. Es ist sicher nicht einfach so ein Dokument stringent zu halten. Es fusst auf mehreren anderen Unterlagen, dass alles so schön zusammenpasst. In diesem Sinne Dank an die Verfasser, wir werden uns beim Budget wieder äussern.

Petra Spichiger (SP): Wir haben den Politikplan gelesen und mit grosser Freude festgestellt, dass es Veränderungen gegeben hat im Vergleich zu den letzten Jahren. Man spürt, dass sich die Gemeinde vorwärts bewegt. Es gibt einen einzigen Punkt, der in diesen drei Politikplänen wortwörtlich immer wieder erscheint. Es handelt sich um Punkt 1.4.11 *"Die Schülerinnen/Schüler der 9. Klassen besuchen jeweils eine GGR-Sitzung."* Ich stelle mir die Frage, ob dieser Punkt nicht ernst genommen wird. Wenn er ernst genommen wird, sollte man auch Massnahmen ergreifen, um ihn zu erfüllen. Oder ist er einfach nur da, um da zu sein? Dann kann man ihn streichen. Sie müssen selber entscheiden, wie Sie es machen möchten.

Ich möchte es aber nicht unterlassen, ein herzliches Dankeschön an den Gemeinderat zu richten. Für mich ist es eine grosse Arbeit die dahinter steckt, "Copy paste" wäre einfacher, das wurde nicht gemacht. Zudem ist nicht nur grosse Arbeit geleistet worden, sondern es entsteht auch viel Arbeit daraus.

Bruno Vanoni (GFL): Wir können uns auch auf das konzentrieren, was anders ist als im letzten Jahr. Im Unterschied zur FDP widmen wir uns aber auch den Buchstaben und nicht nur den Zahlen. Der Politikplan ist ein Programm für die nächsten Jahre und verdient auch

ein wenig Aufmerksamkeit. Wir haben ihn gelesen und auf Seite 10 gestutzt. Dort ist von acht Lösungsansätzen die Rede, die im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr verfolgt werden. Acht von 32, ein Viertel. Was das bedeutet, wird in einer Fussnote erklärt und daraus kann man sich in ungefähr zusammenreimen, dass bei sieben Ansätzen kein Dienstleistungsabbau, bzw. -verzicht erfolgt. Aber was genau mit dem achten Ansatz passiert, erfahren wir nicht genau.

Wir hätten erwartet, dass ein wenig transparenter und präziser dargelegt würde, worum es bei diesen Änderungen geht. Wir haben nachgefragt und bei der Verwaltung Auskünfte erhalten, dafür bedanken wir uns. Daraus geht hervor, dass die meisten der nicht weiter verfolgten Aufgaben im Politikplan in Zukunft als Daueraufgaben behandelt werden. Das ist für uns in Ordnung. Bei Ziffer 2.5 sind wir nicht überzeugt, ob das reicht. Dort war davon die Rede, ein umfassendes Konzept bezüglich Littering und Sprayereien zu haben und dieses auch umzusetzen. Die Antwort war, dass dies in die Leistungsbeschreibung des Werkhofes eingeflossen sei und die Thematik dort weiterverfolgt werde. Aus unserer Sicht reicht es aber nicht, wenn man den Kampf gegen Littering und Sprayereien den Mitarbeitenden im Werkhof überträgt und damit meint, das Problem sei gelöst. Wir bitten, diesem Problem auch in Zukunft die nötige Beachtung zu schenken und zu versuchen, das Problem "Littering" an der Wurzel zu packen.

Nun noch zum einzigen Lösungsansatz, der gestrichen wird. Auf Anfrage haben wir erfahren, dass es hier um eine sogenannte "Dienstleistungsverschiebung" geht. Es ist der Lösungsansatz "Elternbildung und Elternberatung verstärken". Das falle nicht weg, sondern werde bei der Fachstelle Offene Kinder- und Jugendarbeit weitergeführt, sie mache jährlich Anlässe im Bereich Elternbildung/Elternberatung. Aus der Antwort geht leider nicht hervor, ob die Fachstelle Offene Kinder- und Jugendarbeit dafür mehr Mittel erhält, vielleicht erfahren wir in der Budgetberatung mehr davon. Im Budget werden ja auch Ausgaben im Bereich der Eltern- und Erwachsenenbildung gestrichen.

Die Streichung des Lösungsansatzes ist eine Massnahme aus der Aufgabenüberprüfung, die der Gemeinderat in Angriff genommen hat. Das ist auch der Grund, weshalb wir hier soviel reden. Die Aufgabenüberprüfung ist während zwei Sitzungen an einem gut vorbereiteten Runden Tisch mit Vertretenden aller Parteien angegangen worden. Über die Ergebnisse aber, die ins Budget eingeflossen sind, haben die Teilnehmer nie etwas erfahren. In den Unterlagen ist eine zusammenfassende Information, aber was konkret geprüft, beschlossen oder verworfen wurde, haben wir nicht erfahren. Wir erwarten, dass der Gemeinderat auch den GGR und die Öffentlichkeit über die Aufgabenüberprüfung informiert. Das könnte auch hilfreich sein im Hinblick auf das Budget, welches ein grosses Defizit vorsieht. Es wäre nützlich, den Stimmberechtigten zu erklären, dass man bereits begonnen hat, die Aufgaben zu durchforsten und erste Abstriche gemacht hat.

Markus Burren (SVP): Ich danke für den sauber abgefassten Politikplan. Wir haben ihn studiert, an der Fraktionssitzung behandelt und haben keine weiteren Bemerkungen.

Thomas Ackermann (CVP) tritt um 19.45 Uhr der Sitzung bei. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Karin Hadorn (BDP): Auch wir von der BDP danken dem Verfasser für den informativen Politikplan, wir werden ihn zur Kenntnis nehmen. Gestutzt habe ich einzig beim Lösungsansatz "Alle 4 Jahre ein Dorffest durchführen". Er war unter der Rubrik "Nicht mehr zu finden". Ich hoffe nun einfach, dass das letzte Dorffest nicht wirklich das letzte sein wird.

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Petra Spichiger hat gefragt, ob der Punkt 1.4.11 "*Die Schülerinnen/Schüler der 9. Klassen besuchen jeweils eine GGR-Sitzung*" ernst genommen wird. Ja, wir nehmen ihn ernst. Schulleitung und Lehrpersonen haben den Auftrag, dies umzusetzen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Eine Frage, Herr Präsident: Steht der Finanz- und Investitionsplan jetzt schon zur Diskussion?

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Nein, noch nicht. Wir kommen zur Detailberatung des Politikplanes.

Toni Oesch (fdU): Seite 6: Dort heisst es unter "Chancen von morgen": Alterszentrum mit europäischem Vorzeigecharakter."

Bruno Vanoni (GFL): Seite 12, Lösungsansatz 3.1.1.1, "*Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen an schützenswerte Bauten und Vernetzungsbeiträgen an die Landwirtschaft überarbeiten.*" Wir unterstützen die Überarbeitung. Wir haben im Juni mit einer Motion Anregungen gemacht. Wir erwarten, dass die neuen kantonalen Vorgaben, die offenbar erst im Entstehen sind und kurzfristig eingeführt werden, für die Landwirte Zollikofens keine Verschlechterungen bringen. Stutzig gemacht hat uns, dass im Budget keine Beiträge mehr vorgesehen sind für die Umsetzung des Reglementes. Wir liessen uns belehren: Das kann wegen der Änderungen auf Kantonsebene nicht mehr budgetiert werden. Die nötigen Mittel sollen notfalls über einen Nachkredit bereitgestellt werden.

Auf Seite 13, 3.2.1.2, "*Verabschiedung des Umweltkonzeptes*": Wir hoffen, dass das aktualisierte Konzept der Zielsetzung des Lösungsansatzes auch gerecht werden kann: "*Energiestadt weiterentwickeln und erneuerbare Energien fördern.*"

Seite 13, 3.6.1.1, "*Erfolgskontrolle beim Ersatzweiher im Buchsiwald durchführen.* Das ist gut und recht, aber zuerst muss der Weiher gebaut werden. Auf Anfrage haben wir erfahren, dass im Oktober das Baubewilligungsverfahren in die Wege geleitet werden soll. Wir rechnen mit dem Bau im Jahr 2017 und gehen davon aus, dass im Budget die nötigen Mittel dafür eingestellt sind.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL) tritt um 19.55 Uhr der Sitzung bei.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Ich möchte ein paar Erläuterungen zum Finanz- und Investitionsplan machen. Sie haben ihn gelesen und festgestellt, dass es nicht sehr erfreulich ist, was darin steht. Bis auf das Ausnahmejahr 2018, in dem das Altersheim verkauft wird. Der Erlös des Landes Schäferei wurde nirgends eingerechnet, weil nicht sicher ist, wann dies passiert. Der gesamte Finanz- und Investitionsplan ist über die ganze Planungsperiode mit Steuerfuss 1,4 gerechnet worden, also gleich wie heute.

Der Bilanzüberschuss ist auf 8 Mio. Franken gesunken, die einmaligen 5 Mio. Franken, die wir abgeschrieben haben, sind darin enthalten. Deshalb der grosse Sprung. Sie sehen auch den Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades, er ist schlecht. Was ich hier erzähle ist Vergangenheit. Wir hatten die Steueranlage, die gleich geblieben ist seit 2010. Punkt 6, "Einfluss auf die Planung": Dort ist das dritte Lemma zu erwähnen, wo in Aussicht gestellt wird, was alles für Steuerkorrekturen passieren könnten. Bis auf Eine haben alle negative Folgen, sprich, weniger Steuereinnahmen. Leider können diese Ausfälle nicht so beziffert werden, dass man sie in die Planung einschliessen kann. Wir haben von der Kantonalen Steuerverwaltung schlicht zuwenig Zahlen, um das seriös einrechnen zu können.

Der Lastenausgleich: Dort ist eine stetige Zunahme über die ganze Planperiode festzustellen. Ausser bei den Rechnungsergebnissen 2018, welche ich vorher erwähnt habe, das Betagtenheim schlägt dort zu Buche, schliessen wir in allen Planperioden mit Defizit ab. Wir werden von den Reserven des Finanzüberschusses zehren müssen. Das ist nicht gut. Wir werden in der nächsten Amtsperiode ernsthaft darüber reden müssen, was wir machen sollen. Die Schere Ausgaben/Einnahmen geht auseinander. Hier zuzuschauen, bis wir keine Reserven mehr haben, wäre falsch, das möchte ich mit aller Deutlichkeit erwähnt wissen. Dann kommt die Veränderung der Verschuldung in den Planjahren. Bis jetzt konnten wir ohne Fremdkapital leben, oder mit kurzfristigen Überbrückungskrediten, die wir zurückzahlen konnten. Logisch ist dann die Entwicklung des Eigenkapitals. Der Selbstfinanzierungsgrad ist miserabel. Wir kommen nahe daran, die laufenden Ausgaben nicht mit den laufenden Ein-

nahmen bezahlen zu können. Das ist für eine Gemeinde das Schlechteste, was passieren kann.

Zu den Bemerkungen wegen des Runden Tisches: Bei der Überprüfung der Verwaltung gingen rund 200 Vorschläge ein. Der Gemeinderat hat diese geprüft und so viele wie möglich ins Budget eingebaut. Es sind auch längerfristige Sachen dabei, die vollständig abgeklärt werden müssen. Eingeflossen in das Budget sind circa Fr. 95'000.00, die weniger Ausgaben bewirken. Vorgesehen ist, wenn es reicht, im Dezember eine Sitzung einzuberufen, an der die Zahlen so aufbereitet werden, dass eine Information Sinn macht. Für Fragen stehen wir zur Verfügung.

GGR-Präsident Peter Bähler (SVP): Gibt es Bemerkungen zum Bericht?

Markus Burren (SVP): Wir danken den Verfasserinnen und Verfassern für den sauber abgefassten Bericht, der leider nicht sehr erfreulich ausgefallen ist. Insbesondere wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad anschauen und dazu noch die Abschlussprognose 2016 miteinbeziehen. Mit Ausnahme von 2018, Verkauf Betagtenheim, lässt der Selbstfinanzierungsgrad mehr als nur zu wünschen übrig. Leider nehmen die Steuereinnahmen nicht so stark zu wie gewünscht, beziehungsweise geplant. Hingegen steigen die Ausgaben Jahr für Jahr kontinuierlich. Wenn wir die Ausgabensteigerung nicht in den Griff bekommen, müssen wir zwangsläufig spätestens im Jahr 2019 über eine Steuererhöhung diskutieren oder kommen nicht mehr darum herum.

Es ist einfach gesagt, dass man mehr Steuern generieren will, aber wenn wir das Umfeld anschauen, den Arbeitsmarkt, ist das nicht so einfach. Wenn Stellen gestrichen werden, hat das auch für uns als Agglomerationsgemeinde der Stadt Bern Folgen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Die finanzpolitischen Ausführungen des Gemeinderats im Politikplan, im Finanz- und Investitionsplan und schliesslich im Bericht und Antrag zu diesem Ratsgeschäft sind realistisch und einleuchtend. Wir leben in einer wirtschaftlich unsicheren Zeit und es gibt etliche exogene Faktoren, welche die Unsicherheiten verstärken und die Gemeindefinanzen beeinflussen können. Die Aussichten sind eher düster. Vor allem die stagnierende Entwicklung der Steuererträge, Markus Burren hat darauf hingewiesen, und die negativen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III versprechen für die Zukunft nichts Gutes. Es ist schon erstaunlich, zu welcher überbordenden Steuergeschenken an ausländische Grosskonzerne und andere grosse Unternehmen sich die Eidgenössischen Räte haben hinreissen lassen, ohne jede Rücksicht auf die finanziellen Folgen für die Kantone und Gemeinden. Unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Steuerwettbewerb werden Milliarden an die ganz Grossen im In- und Ausland verschenkt und die Kleinen, also Familienhaushalte und Einzelpersonen mit Lohnausweis, müssen die Folgen tragen, weil die Steuerausfälle auf Bundesebene nicht gegenfinanziert sind und natürlich irgendwo und irgendwie kompensiert werden müssen.

Noch erstaunlicher ist die Tatsache, dass keiner unserer urchigen Eidgenossen dagegen aufbegehrt. All jene, die sonst jeden Einfluss vom Ausland vehement ablehnen, sind offenbar bereit, diese übertriebenen Milliardengeschenke zu akzeptieren und einverstanden damit, dass das gewöhnliche Volk die Folgen zu tragen hat. Wir von der SP sind aber mit diesem Zauber nicht einverstanden und haben mit dem Referendum dafür gesorgt, dass das Volk darüber entscheiden kann.

Wir hoffen, dass das Schweizer Volk merkt, wie es mit dieser extra komplizierten Gesetzesvorlage getäuscht werden soll. Einmal mehr getäuscht werden soll, könnte man auch sagen, in Erinnerung an Hans-Ruedi Merz und seine Unternehmenssteuerreform II.

In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, die Auswirkungen auf unsere Gemeindefinanzen noch vor der Volksabstimmung, sie kommt wahrscheinlich im Februar, ungefähr zu kennen. Es kann ja nicht sein, dass unser Finanzplan in Zukunft jedes Jahr um wesentliche Beträge zusätzlich verschlechtert wird, nur um den grössten Privatunternehmen ihre Gewinnmarge zu erhöhen.

Vom Politikplan, Finanz- und Investitionsplan und den nicht gerade optimistischen Ausführungen des Gemeinderates nehmen wir in diesem Sinne Kenntnis.

Toni Oesch (fdU): Du hast recht, Hans-Jörg, wir haben keinen Einfluss auf die eidgenössische Politik. Wir brauchen dies hier gar nicht zu diskutieren, wir können es nur zur Kenntnis nehmen. Der Abstimmungskampf findet dann im Februar statt.

Beschluss

Der Politikplan 2017 - 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE